

## PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 25. Juli 2013

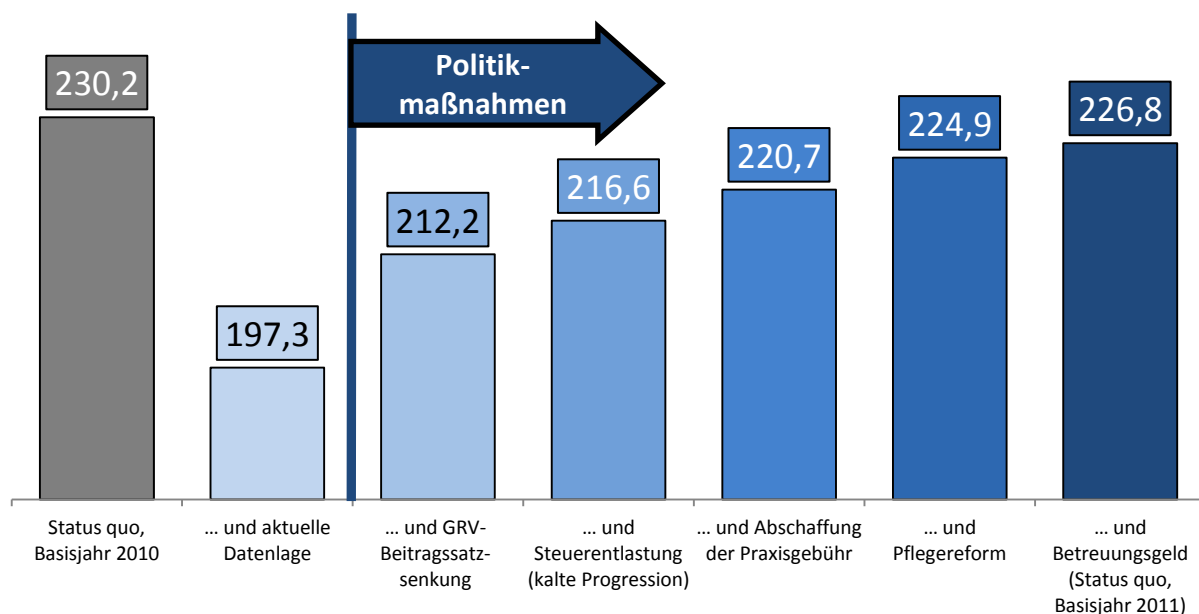
# Generationenbilanz Update 2013

## Verpasste Konsolidierungschancen – Teure Wahlversprechen

Die neuesten Ergebnisse der Generationenbilanz zeigen eine Stagnation der deutschen Gesamtverschuldung (Nachhaltigkeitslücke) im Vergleich zum Vorjahr. Die Chance eines deutlichen Schuldenabbaus, die in den letzten Monaten bestanden hätte, wurde von der Bundesregierung durch ökonomisch fragwürdige und kostspielige „Geschenke“ – Betreuungsgeld, Abschaffung der Praxisgebühr und Pflegereform – zunichte gemacht. Eine Analyse der Wahlprogramme im Vorfeld der Bundestagswahl zeigt zudem, dass eine Fortsetzung dieser problematischen Politik droht, egal wie sich die neue Bundesregierung zusammensetzt.

Die Nachhaltigkeitslücke aus expliziten und impliziten Staatsschulden für Deutschland beläuft sich aktuell auf 227 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Umgerechnet entspricht dies der Summe von **5,9 Billionen Euro**. Das zeigen die jüngsten Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft und des Forschungszentrums Generationenverträge. Das Gros entfällt dabei nach wie vor auf die implizite, d.h. heute noch nicht sichtbare Staatsschuld, die 147 % des BIP ausmacht und in der sich alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten staatlichen Leistungsversprechen, insbesondere der Sozialversicherungen, verbergen. Der kleinere Teil entfällt auf die explizite, schon heute sichtbare Staatsverschuldung (80 % des BIP). „Zur Begleichung dieser Gesamtschuldenlast müsste jeder heute lebende Bürger unabhängig von bestehenden Steuern und Sozialabgaben bis zu seinem Lebensende einen **zusätzlichen Betrag von 270 Euro pro Monat an den Staat abführen**“, erläutert Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft.

### Der fiskalische Jahresrückblick 2012 (Nachhaltigkeitslücke in % des BIP)

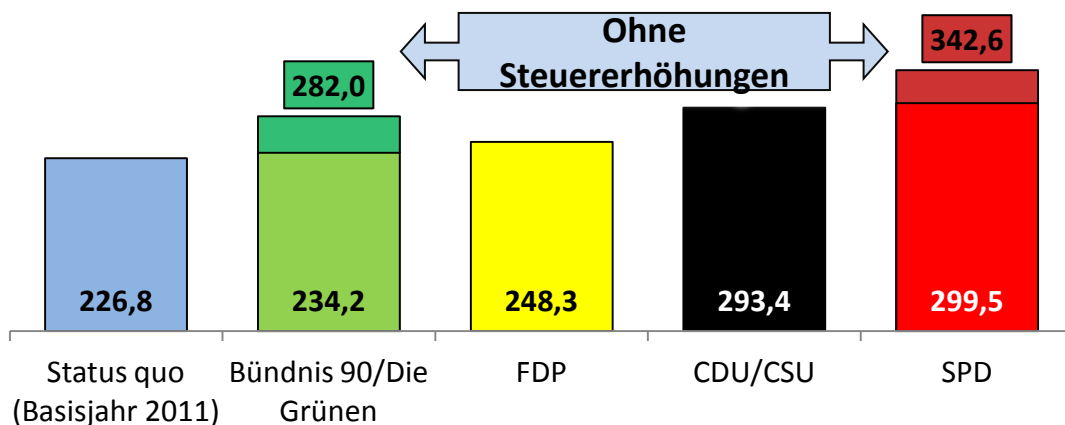


Im Jahresvergleich ist die Nachhaltigkeitslücke geringfügig auf 227 % des BIP gesunken (Basisjahr 2010: 230 % des BIP). Dies ist jedoch allein dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts und der weiterhin positiven Entwicklung der Steuer- und Beitragseinnahmen geschuldet. In Sachen Haushaltskonsolidierung herrschte in 2012 hingegen Stillstand, und die Chance auf Abbau der Gesamtverschuldung auf unter 200 % des BIP wurde vertan. Stattdessen wurden mit der Senkung des GRV-Beitragssatzes, der Steuerentlastung (Abbau der „kalten“ Progression), der Pflegereform, der Abschaffung der Praxisgebühr sowie der Einführung des Betreuungsgeldes Schuldenabbaupotentiale „verfrühstückt“ und damit eine Entlastung zukünftiger Generationen verhindert (vgl. Abbildung oben).

Aus den Berechnungen des Updates 2013 zieht die Stiftung Marktwirtschaft folgende Schlüsse:

- Die Politik begnügt sich mit der **Verwaltung des Status quo**: Konsolidierungschancen wurden verpasst, fiskalische Spielräume stattdessen für „Geschenke“ an die Wähler genutzt.
- Für die „Konsolidierung“ des Bundeshaushalts greift man in die **finanzpolitische „Trickkiste“**: Allein die Kürzung der Bundeszuschüsse an die Kranken- und Rentenversicherung entlasten den Bundeshaushalt, ändern aber nichts an der staatlichen Gesamtverschuldung.

## Die Nachhaltigkeitsbilanz der Wahlprogramme (Nachhaltigkeitslücke in % des BIP)



Angesichts der andauernden EU-Schuldenkrise und in Anbetracht der Vorbildfunktion und besonderen Verantwortung Deutschlands für solide Staatsfinanzen erschrecken die mit zusätzlichen Haushaltsbelastungen verbundenen Wahlversprechen der Parteien. Vergleichsweise „solide finanziert“ scheint das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen. Allerdings sieht dieses eine dramatische Zunahme der Steuerlast vor, die erstens Wachstum beeinträchtigen und zweitens zu Steuergestaltung einladen dürfte: „Und das alles in Zeiten, in denen die höchsten Steuereinnahmen zu verzeichnen sind, die es jemals gegeben hat“, kommentiert Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen. Die von der SPD anvisierten Steuererhöhungen sind hingegen noch nicht einmal ausreichend, um auch nur die Hälfte der neuen Leistungsversprechen zu finanzieren. Aber auch CDU/CSU bleiben Vorschläge zur Finanzierung ihrer Wahlgeschenke (u.a. Lebensleistungs- und Mütterrente, Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge) schuldig. Problematisch sind jedoch nicht allein die Kosten der neuen Leistungsversprechen. Kritikwürdig ist darüber hinaus auch, dass es den Renten- und Pflegekonzepten – ob von CDU/CSU, SPD oder Bündnis 90/Die Grünen – an jeglicher Systematik mangelt.

### Ansprechpartnerin

Dr. Susanna Hübner  
huebner@stiftung-marktwirtschaft.de  
Telefon 030 – 20 60 57 33  
Fax 030 – 20 60 57 57